

Antrag vom Mai 2019

Rechtzeitige Anwohnerinformation bei Straßenbaumaßnahmen unbedingt sicherstellen!

Antrag

Das Baureferat wird dazu aufgefordert, bei Straßenbaumaßnahmen (zum Beispiel Fahrbahnsanierungen), die mit der Ausweisung von Halteverboten oder mit Umleitungen verbunden sind, die Anwohnerinnen und Anwohner künftig mit einer Frist von mindestens 10 Tagen vor Beginn der Maßnahmen zu informieren. Insbesondere Anfangs- und voraussichtlicher Endzeitpunkt sowie der Umfang der Einschränkungen sind den Bürgern bekannt zu geben.

Begründung

Für die Sanierung der Hansjakobstraße, für die zum 6. Mai 2019 notwendiger Weise weitreichende Halteverbote und Straßensperrungen eingerichtet wurden, erhielten einige Anwohner erst am 3. Mai 2019 entsprechende Informationsflyer der Landeshauptstadt München. Aufgrund der verfehlten Informationspolitik herrschte entsprechend großer Unmut bei zahlreichen Bürgerinnen und Bürger, auch da der Grund für die Halteverbote bei der Aufstellung der entsprechenden Beschilderung noch nicht kommuniziert war.

Eine rechtzeitige Information der Anwohnerinnen und Anwohner ist unerlässlich, um Verständnis für notwendige Einschränkungen zu erhalten. Eine Frist von mindestens 10 Tagen für eine entsprechende Bürgerinformation sollte daher eine Selbstverständlichkeit sein.

Fabian Ewald
Fraktionssprecher

Angelika Buckenauer